

Über
Hildburghausen
ins
dritte
Reich!



**Über
Hildburghausen
ins
dritte Reich!**

**Nationalsozialismus
und Arbeiterklasse**

Von H. W. Gerhard

Berlin 1932

Verlag „Der Syndikalist“ Berlin S 14, Märkisches Ufer 20

Aus der Geschichte des deutschen Faschismus

Den deutschen Faschismus, wie wir alle diese Bewegungen der Nationalsozialisten, Stahlhelmer, Werwölfe, Völkischen usw. nennen können, hat eigentlich die Sozialdemokratie geschaffen. Denn die ersten Stufen des Faschismus, die Geheimbünde von 1920—23, entwickelten sich unmittelbar aus den Freikorps von 1919. Und diese Korps hat bekanntlich Noske zum Kampfe gegen die „Spartakisten“ angeworben, bzw. benutzt. Es waren dieselben Korps, die dann am 13. März 1920 den Kapp-Putsch machten und nach dem Mißlingen dieser Aktion in die Illegalität gingen. Aus der Atmosphäre der Geheimbünde („Organisation Consul, Oberland, Wiking, Olympia, Roßbach, „Bayern und Reich“ usw.) erklären sich die zahllosen politischen Morde jener Zeit. Uebrigens brauchte die Regierung die Dienste dieser Dunkelmänner trotz alledem noch zu dem Freischarenkrieg in Oberschlesien 1921. Auch der Ruhrkampf 1923 gab ihnen starken Auftrieb. 1923 wurde auch aus Angehörigen der nationalen Verbände, aus Studenten usw. die „Schwarze Reichswehr“ gebildet. Es ist bekannt, daß die Gerichte aus ihrer Sympathie mit diesen Mörderbanden kein Hehl machten.

Als Reaktion auf die niedergeschlagene bayrische Räterepublik gingen die Wogen des Nationalismus besonders in München hoch, zumal er von der Regierung gefördert wurde. Hier erhielt er auch zuerst seine Ausprägung als Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unter Hitler. Hätte es nicht den Zwiespalt zwischen den blauweißen und den schwarzweiß-roten Reaktionären gegeben, so hätte der Hitlerputsch vom 8. zum 9. November 1923 vielleicht einen anderen Verlauf genommen. Man weiß ja, daß Ehrhardt mit seinen Banden an der thüringischen Grenze nur auf den Befehl wartete, um nach Berlin zu marschieren. Mit dem Zusammenbruch der Aktion in München mußte er sich zurückziehen.

Uebrigens erfüllte die Diktatur des Winters 1923—24 viele Wünsche der Faschisten. Die linken Arbeiterorganisationen wurden verboten, die Löhne gesenkt, die Arbeitszeit gedehnt.

Die Wahlen vom Mai 1924 brachten den Faschisten, die sich in der „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“ zusammengeschlossen hatten, 30 Reichstagsitze, den Deutschnationalen über 100. Jedoch die Lage konsolidierte sich rasch, die Arbeitslosigkeit nahm ab, die Stabilität der neuen Währung, die außenpolitische Entspannung brachten den Mittelparteien Vertrauen. So konnten diese den arbeitsunfähigen Reichstag kurzerhand auflösen. Bei den Neuwahlen vom Dezember 1924 verloren die Völkischen über die Hälfte ihrer Sitze, die Sozialdemokraten gewannen 30.

Dieses Wahlergebnis zeigte eine katastrophale Abnahme des faschistischen Einflusses, was eine innere Zersetzung verursachte.

Der eine Teil, der sich Deutschvölkische Freiheitspartei nannte und in Norddeutschland verbreitet war, lehnte sich mehr an die Deutschnationalen an, war legal und offen reaktionär eingestellt. Er wurde allmählich zerrieben. Der andere Teil, die NSDAP., mit revolutionären und sozialen Phrasen gut ausgerüstet, entfaltete eine rührige Propaganda und ging auch stellenweise gewalttätig vor, ohne jedoch bis 1929 wesentliche Erfolge erzielen zu können.

Das bürgerliche Regime der Jahre 1924—28 machte ja auch einen besonderen Faschismus überflüssig. Jedoch hatte es sich in diesen Jahren allmählich abgewirtschaftet. Bei den Wahlen vom 20. Mai 1928 gewannen die Sozialdemokraten über 20 Mandate, die Deutschnationalen wurden geschlagen, die Rechtsradikalen hatten ebenfalls keine Erfolge. Die Sozialdemokratie bildete die Regierung Müller, die eineinhalb Jahr bestand. Sie umfaßte auch die Deutsche Volkspartei, die Vertreterin der Schwerindustrie.

Natürlich war die Regierung zu einer rein bürgerlichen, nationalen Politik gezwungen, alle Ziele der Sozialdemokratie mußte sie über Bord werfen (Panzerkreuzerfrage, Arbeitslosenversicherung usw., in Preußen Konkordat). Das führte zu einer Enttäuschung der Arbeiterschaft.

Andererseits fiel die Regierungszeit Müllers zusammen mit dem Einbruch der Weltkrise, wofür er in gewissem Sinne verantwortlich gemacht wurde. Die Skandale um Sklarek, Busch usw. diskreditierten die Regierung ebenfalls. Die Folge von all dem war ein riesiges Anwachsen des Nationalsozialismus. Man wird den Nationalsozialistischen Monatsheften glauben dürfen, wenn sie im April 1930 schrieben:

„Der gewaltige Zustrom (zur Partei) setzte im Oktober 1929 ein und hält unvermindert an.“

Weiter heißt es dort, monatlich wurden 15 000 Neuaufnahmen gemacht, die Partei habe bereits 230 000 Mitglieder, die Auflage des „Völkischen Beobachters“ habe sich seit 1928 verdreifacht.

Die Erfolge zeigten sich ja auch schon damals bei den Wahlen in Thüringen und Sachsen. Schließlich kam der große „Sieg“ vom 14. September 1930, den die wenigsten für möglich gehalten haben — 107 Nazi-Abgeordnete gewählt, 6,5 Millionen Stimmen für Hitler. Der Sieg des „Dritten Reiches“ schien unmittelbar bevorzustehen. Viele bürgerliche Politiker bis zur Volkspartei und zum Zentrum äußerten ihre offene Sympathie für die Hakenkreuzler. Diese selbst beflößigten sich auf Hitlers Gebot einer möglichst großen Zurückhaltung. Sie kehrten eine legale, bürgerliche Haltung hervor. Aber auf der anderen Seite zeigten sich auch die Sozialdemokraten geneigt, der Brüning-Regierung, die ja die Regierung Müller im Frühjahr 1930 abgelöst hatte, zu helfen, damit Hitler nicht zur Regierung komme. Bei dem Wettlauf kamen die Nazis zu kurz. Sie konnten ihren radikalisierten Anhängern nicht gar so große Schwenkungen zumuten, die sozialdemokratischen Wähler waren an so etwas mehr gewöhnt. So wurden die Notverordnungen mit Hilfe der Sozialdemokraten angenommen, die Nazis stimmten dagegen. Das lieferte bereits den Keim zu allerhand Reibereien, insbesondere zwischen dem Zentrum und

den Hitlerleuten. Da die Obstruktion einer Fraktion von 107 Mann die Arbeiten jeder Körperschaft lahmlegen kann, so beschlossen die Regierungsparteien, eine Verschärfung der Geschäftsordnung durchzuführen. Diesen Beschluß beantworteten die Nazis mit ihrem Auszug aus dem Reichstag. In ihrer Wut erklärten sie am 10. 2. 1931 ganz offen, was sie so gekränkt hatte:

„Wider Recht und Gesetz haben die regierenden Gewalten des heutigen Systems die NSDAP. von der Uebernahme der Macht ausgeschlossen . . .“

Also nicht bloß die Verschärfung der Geschäftsordnung hat sie erzürnt, sondern sie wollten auf die Ministersessel, und als das nicht so schnell ging, wurden sie böse und warnten

„die Weltöffentlichkeit, Beschlüsse dieses Hauses (des Reichstages) als Beschlüsse des Volkes aufzufassen.“

Sie hofften darauf, daß die Regierungsmehrheit auseinanderfallen würde. Das war aber nicht der Fall, da die Sozialdemokratie auch den zweiten Panzerkreuzer und den ganzen Etat schluckte. Im Gegenteil, die wüste Agitation, die die arbeitslos gewordenen „Volkvertreter“ im Lande entfalteteten, fiel sogar allmählich den lieben Freunden von der Volkspartei auf die Nerven, schließlich mußten die Volksparteiler auch aus der Thüringer Regierungskoalition austreten und Herrn Frick an die frische Luft befördern. Schon vorher hatten verschiedene Bischöfe scharf gegen den Nationalismus und sogar gegen den Stahlhelm Stellung genommen.

Nun kam noch hinzu die Empörung über den feigen Meuchelmord an dem Kommunisten Henning in Hamburg und der Eindruck der Wandlung Scheringers, des nationalsozialistischen Offiziers, der wegen Wühlerien in der Reichswehr zu Festung verurteilt worden war, zum Kommunisten. Gleichzeitig — im Frühjahr 1931 — ließ die Krise etwas nach, die Zahl der Arbeitslosen ging von 5 auf 4 Millionen zurück. Durch alle diese Umstände schien der Ansturm des Nationalsozialismus etwas zu erlahmen. Verschiedene ihrer Zeitungen gingen ein, die ostdeutschen Sturmabteilungen fielen teilweise ab.

Aber die Wirtschaftskrise verschärfte sich durch die große Finanzkrise im Juli 1931, durch die Schließung der Banken und Börsen. Deutschland mußte um Zahlungsaufschub bitten. Die Arbeitslosigkeit begann bereits mitten im Sommer wieder zu steigen. Neue Notverordnungen mit immer schärferer Drosselung der Lebenshaltung, mit immer neuen Lohnsenkungen wurden erlassen, wodurch wiederum der Nationalismus mit seiner demagogischen, verlogenen Agitation einen Aufschwung erlebte. Es mehrten sich die Ueberfälle, ganze Städte wurden bestzt und terrorisiert, wie Itzehoe im August, Braunschweig im Oktober und Eutin im November, ebenso der Berliner Kurfürstendamm im September. Gleichzeitig wurde immer wieder erklärt: Wir sind legal! Es wurde versucht, auf parlamentarischem Wege zur Macht zu kommen. Am 9. August vereinte der preußische Volksentscheid zur Auflösung des Landtages die KPD. mit Hugenberg und Hitler, in Harzburg vereinigte sich die gesamte Reaktion, um

sich über die Taktik gegenüber der Regierung zu verständigen, und im Reichstage versuchte man, Brüning zu stürzen, was allerdings nicht gelang.

Die Wahlen in Hessen am 15. November erbrachten den Beweis, daß der Nationalsozialismus das Bürgertum mit Ausnahme des Zentrums restlos erobert hatte, und nun schien es diesen Leuten an der Zeit, für den Moment der Machtergreifung Pläne zu entwerfen. Ein solcher kam in den sog. „Boxheimer Dokumenten“ ans Tageslicht. Es wimmelt darin nur so von Androhungen des Erschießens. Bezeichnend war es, daß der Verfasser der Boxheimer Blutdokumente, ein Dr. Werner Best, postwendend in den Staatsgerichtshof Hessens gewählt wurde!

Es ist dem Proletariat durch diese demonstrative Geste zum Bewußtsein gebracht worden, daß man in dem Programm des schießwütigen Dr. Best nichts Schlechtes finden kann. Danach ist es klar, was den revolutionären Arbeitern blüht, wenn der Faschismus zur Macht kommt. Es heißt deshalb, alle Kräfte anzuspannen, um diesen heimtückischen Feind zu schlagen!

Die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Nazis

Die politischen Ziele der Nationalsozialisten haben in manchen Punkten starke Wandlungen erlebt, aber in einem Punkte ist ihr Programm dasselbe geblieben: in der prinzipiell autoritären, auf Unterordnung, Disziplin, Kadavergehorsam hinauslaufenden Stellungnahme zu den gesellschaftlichen Problemen. Selbstverständlich erscheint ihnen da die alte Monarchie besser als die Republik, und besonders hat es ihnen das alte Heer angetan, das ja schon deswegen ihr Vorbild sein muß, weil sie uns wieder in einen Krieg hetzen möchten. Wer den alten Militarismus denn doch für einen überwundenen Standpunkt hält, der lese einmal Hitlers Meinung über das alte Heer:

„Die innere Güte der alten deutschen Armee war allen ähnlichen Einrichtungen unvergleichlich überlegen... Armeen zur Erhaltung des Friedens gibt es nicht, sondern nur zum siegreichen Durchfechten des Krieges. Dies war das große am alten Heer, daß unabhängig vom Gequassel im Reichstag wenigstens in diesem Organismus die Welt noch gesehen wurde, wie sie ist und ewig sein wird.“ (Nat. soz. Monatshefte 1930, Nr. 3.)

Der Militarismus, die Autorität geradezu als Weltanschauung — das ist der Nationalsozialismus. Mag auch die bisherige Entwicklung der Menschheit fort von der Autorität, zur größeren Freiheit des Individuums in der Gesellschaft geführt haben — zurück, zurück ist die Parole Hitlers: „Niemand kann es ein System geben, das anders aufgebaut ist als auf Autorität nach unten und Verantwortung nach oben, sonst ist eben jede Leitung unmöglich und wir kommen zu anarchistisch-bolschewistischen Zuständen.“

So sagte der Nazihäuptling in seinem Gespräch mit Otto Straßer. Vielleicht sind aber diese anarchistisch-bolschewistischen Zustände doch besser

als das berühmte Dritte Reich? Das ist eine Frage, die sich Herr Hitler offenbar nicht vorgelegt hat, da er sich zu der „neuen Herrenschicht“ zählt, die über die Arbeiter zu herrschen hat, denn die letzteren wollen ja nichts anderes als „Brot und Spiele“. Darin dürfte sich Hitler allerdings stark irren; die Arbeiter werden schon noch ein kräftiges Wörtchen über das Dritte Reich mitzusprechen haben.

Politisch bedeutet dieser autoritäre Standpunkt ein Bekenntnis zur **D i k t a t u r**. In welchen Formen sich die abspielen würde, davon bekommt man einen Begriff, wenn man liest, daß der „Völkische Beobachter“ Redakteure, die sich ungünstig über den englischen Freund Hitlers, Lord Rothermere, ausgesprochen hatten,

„öffentlich durchgepeitscht“ zu sehen wünscht, „um sie dann im Zuchthaus verschwinden zu lassen.“

Der Kölner Hitler-Gewaltige, Ley, sagte ähnlich wie Hitler, als es sich um die „rollenden Köpfe“ handelte,

„Wenn wir an der Macht sind, so ist das erste, was wir dann tun werden: Wir errichten Galgen....“

Man muß auch beachten, daß bereits in den sogenannten 25 Punkten von 1920 nicht weniger als 11 Strafandrohungen enthalten sind. So sieht die Volksbeglückung dieser Möchte-gern-Diktatoren aus. In diesem Punkte haben sie bis jetzt noch nicht umgelernt, wohl aber in anderen Punkten, die ihre Regierungsfähigkeit beeinträchtigen.

In der Außenpolitik spielte sich die Hitlerbewegung stets als die nationalste auf. Zerreißen der Friedensverträge war noch das wenigste, was sie forderte. Krieg war die Losung. Aber schließlich hatte sich's doch schon bis ins „braune Palais“ in München herumgesprochen, daß Deutschland bereits einen Krieg verloren habe und schwerlich so bald einen zweiten führen könne. Infolgedessen war Hitler gezwungen, bei den „Feindbundstaaten“ um gut Wetter zu bitten, wenn er nicht gewärtigen wollte, von der Entente als Minister abgelehnt zu werden. Also ging er hin und ließ jene Serie von Interviews los, die das Ausland beruhigen sollten. In einem davon stand der bekannte Satz:

„Das Deutschland, das ich führen werde, wird nichts unterzeichnen, was wir nicht mit voller Ueberzeugung für durchführbar halten, aber peinlich alle übernommenen Verpflichtungen erfüllen.“

In diesen Zusammenhang gehört auch die unumwundene Preisgabe Südtirols durch Hitler, um gute Beziehungen mit Italien zu haben.

Ebenso ist es mit dem Antisemitismus bestellt. Der Antisemitismus ist seit Jahrzehnten ein unentbehrliches Requisit jeder derartigen Partei in Deutschland, Oesterreich, Ungarn usw. Aber Hitlers Freund Rothermere verurteilte den Antisemitismus als „äußerst dummes Ueberbleibsel mittelalterlicher Voreingenommenheit“ — und schon ließ ihn Hitler fallen. Nach den Unruhen am 13. Oktober 1930 bei der Reichstagseröffnung, wo die Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeschlagen wurden (übrigens durchaus organisiert), erklärte Hitler, daß er so etwas verurteile und fügte zur Bekräftigung hinzu:

„Im Dritten Reich werden die Schaufenster jüdischer Geschäfte besser geschützt sein als heute.“

Am krassesten jedoch hat sich der Verrat der Nazis an ihren früheren Prinzipien auf dem Gebiete der sozialen Phrasen gezeigt. Obwohl die NSDAP, nie wahrhaft sozialistisch war, hielt man es doch für gut, gewisse soziale Phrasen, wie Gemeinnutz geht vor Eigennutz, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Verstaatlichung der Trusts, Brechung der Zinsknechtschaft, Bodenreform usw. beizubehalten. Aber nach den großen Erfolgen ging man rückhaltlos ins kapitalistische Lager über. Hitler erklärte in seinem Gespräch mit Straßer, daß keine Betriebe sozialisiert werden müßten, sondern nur können,

„nämlich, wenn sie gegen das Interesse der Nation verstoßen. Solange sie das nicht tun, wäre es einfach ein Verbrechen, die Wirtschaft zu zerstören.“

Er stellte weiter den durch und durch kapitalistischen italienischen Faschismus als Muster hin. Ein anderer Nationalsozialist erklärte, Sozialismus sei nur Mittel zum Zweck, und Gottfried Feder rief den Bürgerlichen im Reichstag zu:

„Sie haben gar keine Ursache, uns sozialistische Tendenzen unterzuschieben.“

Der „Völkische Beobachter“ schrieb am 12. 12. 1930:

„Der Nationalsozialismus steht grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums und stellt es unter staatlichen Schutz.“

Diese Zitate können beliebig vermehrt werden. Ganz kraß äußert sich der kapitalistisch-reaktionäre Charakter der Hakenkreuzler in der neuen Schrift des Parteimitgliedes Dr. Hans Reupke: Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft. Hieraus Zitate zu bringen ist unnötig, weil die ganze Schrift von einer offen kapitalistischen Tendenz durchzogen ist, wie sie auch Hugenberg oder jedes andere kapitalistische Blatt vertritt. Reupke soll in Beziehungen zum Reichsverband der deutschen Industrie stehen und verfolgt mit seiner Schrift das Ziel, die Kapitalisten über den „sozialistischen Charakter“ der NSDAP. zu beruhigen. Da man sah, daß der „Revisionismus“ Reupkes auf große Teile der Anhängerschaft katastrophal wirkte, versuchte der Berliner „Angriff“, Reupke als nicht offiziell hinzustellen, jedoch war im „Völkischen Beobachter“ in einer Besprechung der Schrift klipp und klar die Zustimmung dazu zu lesen. Auch Frick und viele andere prominente Nazis haben sich gegen jeden Sozialismus geäußert.

In diesem kapitalistischen, sozial-reaktionären Sinne ist ja auch die Regierungspolitik in Thüringen und Braunschweig geführt worden. Gehalts- und Lohnabbau, Bürgersteuer, Abbau der Sozialfürsorge, Zwangsverwaltung in den Gemeinden, Steuer für Konsumvereine passen sehr schön zur Propaganda der sozialen Gerechtigkeit. Auf der anderen Seite haben wir auch in Thüringen und Braunschweig hohe Ministergehälter, Polizeiknüppelattacken auf Erwerbslose usw. Im Reichstag haben die Nazis die Anträge auf Dividenden- und Millionärsteuer usw. niedergestimmt, obwohl sie nachher selbst aus agitatorischen Gründen einen ähnlichen Antrag einbringen mußten. Desgleichen traten sie für höhere Zölle, ja sogar für Einfuhrmonopole, für höhere Mieten, für Arbeitsdienstpflicht ein. Dem Namen nach hatte ja der Reichstag des 14. September eine „sozia-

listische“ Mehrheit, aber die eine Hälfte der „Sozialisten“ hat immer die Anträge der anderen Hälfte in den Papierkorb befördert.

Was können wir aus dieser Verleugnung der Prinzipien bei den Nazis folgern?

Wir haben gesehen, daß der Naziterror praktisch nicht abgeblasen wurde, sondern sogar noch im März 1931 zu dem Hamburger Meuchelmord führte. Das heißt, die Feindschaft der Nazis zur Arbeiterbewegung ist echt. Wir haben weiter gesehen, daß die Nazis alles getan haben, um regierungsfähig zu werden. Das heißt, ihr Machtstreben, ihr Streben nach Diktatur über die Gesellschaft ist auch echt. Schließlich haben wir gesehen, daß sie ihre angeblichen sozialen und nationalen Ziele geopfert haben, daß sie sich an das Bürgertum angepaßt haben, das heißt, diese Ziele waren nur A t r a p p e.

Im Ergebnis bedeutet also das Dritte Reich weiter nichts als eine Diktatur zur Niederschlagung der Arbeiterschaft. Wir bezeichnen eine solche Diktatur als Faschismus, der ja für die Nazis anerkanntermaßen Vorbild ist. Sagte doch Frick:

„Genau so wie Mussolini in Italien die Marxisten ausgerottet hat, so muß es auch bei uns durch Diktatur und Terror erreicht werden.“

„Marxismus“ heißt natürlich in der nationalsozialistischen Ausdrucksweise nichts anderes, als die Arbeiterbewegung überhaupt, seien es nun Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteien oder sonst etwas, es braucht sich auch gar nicht um die marxistische Weltanschauung zu handeln, es mögen Reformisten oder wie in Spanien und Italien Syndikalisten sein — der Faschismus richtet sich gegen alle.

Es ist vielleicht überhaupt gut, einmal einen Blick in jene Länder des Faschismus, der Diktatur und Reaktion zu werfen, nach denen die deutschen Faschisten wallfahrten, um zu lernen, wie es gemacht wird. Wie sieht es aus in Italien, Ungarn, Polen, Spanien, Bulgarien, Jugoslawien usw.? Haben die Diktatoren dort ihre Völker zufriedenstellen können? Gibt es dort wirklich jene Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, die ja ein Grundprinzip wenigstens des italienischen Faschismus sein soll?

In Italien herrscht eine sehr starke Krise. Nach amtlichen Zahlen gab es dort im Februar 1931 765 000 Arbeitslose, eine Zahl, die seit vielen Jahren nicht zu verzeichnen war und für das vorwiegend agrarische Land sehr viel bedeutet. Die Löhne und Gehälter sind stärker gesenkt worden als in Deutschland, dagegen sind die Preise ebensowenig gefallen. Der Militarismus verschlingt ungeheure Summen. Der politische Druck, den der faschistische Staat mit seiner Miliz ausübt, ist sehr stark. Tausende politischer Gefangener sind in den Gefängnissen und auf den Verbannungsinselfn. Die Arbeiter sind in ihren faschistischen Gewerkschaften rechtlos, dafür sammeln sie sich mehr und mehr in unterirdischen Verbänden. Einzig der Papst und die katholische Kirche können zufrieden sein: der Papst hat die Souveränität wieder bekommen und die Kirche einen größeren Einfluß auf die Schule nebst den nötigen Geldern.

In Ungarn ist besonders die Agrarkrise stark. Die Bauern sind verschuldet und haben zu wenig Land, da die Agrarreform infolge der

Gegenrevolution nicht durchgeführt wurde. Die Arbeitslosigkeit und das allgemeine Elend sind so stark, daß am 1. September 1930 in ganz Ungarn trotz des Polizeiterrors riesige Menschenmassen unter der Parole „Arbeit und Brot“ demonstrierten und sogar einen sozialdemokratischen Abwiegler verprügelten.

In Spanien hat sich die Unzufriedenheit mit der Diktatur Primo de Riveras bereits Anfang 1930 so stark angehäuft, daß er gehen mußte. Er hatte versucht, das italienische Vorbild nachzuahmen, aber das spanische Volk, besonders die Intellektuellen und die Arbeiter, lehnten das ab. Die Unzufriedenheit mit der Diktatur hat sogar zur Beseitigung der Monarchie geführt, weil sich der König Alfons XIII. zu sehr mit Primo de Rivera solidarisch erklärt hatte.

In Polen, Finnland und auf dem Balkan wird dauernd der schärfste Terror gegen die Arbeiter- und Bauernschaft ausgeübt, ohne daß die Verhältnisse deshalb zur Ruhe kämen. Die Unzufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zuständen ist auch in diesen Ländern nicht zu unterdrücken, sie äußert sich in dauernden Attentaten, Aufständen, Streiks usw.

Wir sehen also, daß der Faschismus und die Diktatur auch im Auslande keine dauernden, positiven Leistungen aufzuweisen haben, daß ihre Tage gezählt sind. Insbesondere können wir feststellen, daß nirgendwo jene sozialen Phrasen verwirklicht worden sind, die Mussolini genau wie Pilsudski oder Hitler im Anfange so reichlich zur Verfügung hatten. Im Gegenteil, dort, wo der Faschismus herrscht, dort haben wir die schlimmste Reaktion auf allen Gebieten.

Die deutsche Arbeiterschaft wird deshalb nicht auf die Phrasen der Hakenkreuzler hereinfließen, sondern wird einen energischen Kampf gegen jenes dritte Reich führen, das für sie nur Polizeiterror und Zuchthaus haben würde, aber keine Spur sozialer Gerechtigkeit.

Die Stellung der Nazis zur Frauenfrage und zu den Kulturproblemen

Die Frauen möchten die Nazis am liebsten wieder aus dem öffentlichen Leben verbannen. Keine einzige Frau tritt für diese Partei führend hervor, keine ist als Parlamentskandidatin aufgestellt worden. Die Frau im Parlament ist eben nach nationalsozialistischer Ansicht „eine unerquickliche Erscheinung des liberalistischen Zeitalters“. Der nationalsozialistische Programmatiker Gottfried Feder schrieb in seiner Zeitschrift „Flamme“:

„Der Jude hat uns die Frau gestohlen durch die Form der Geschlechtsdemokratie. Wir Jungen müssen ausziehen und den Lindwurm töten, damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf dieser Welt gibt: zur Frau, die Magd und Dienerin ist.“

Selbstverständlich setzen sich die Nazis auch eifrig für Beibehaltung des Abtreibungsparagraphen ein. Ja es sind schon allerhand Ideen über Vielweiberei und dergleichen aufgetaucht, nur um die Bevölkerungszahl zu heben.

Die Frauen des Proletariats werden sich schön bedanken für diese Rolle als Magd, Dienerin und Gebärmaschine. Das gab es vielleicht früher einmal, aber diese Träume sind ausgeträumt.

In der Erziehungsfra ge vertreten die Hakenkreuzler denselben reaktionären Standpunkt, der hier noch seine besondere Note durch die erstrebte Militarisierung der Jugend erhält. Abschaffung aller Differenzierung in den Schularten, Trennung von Knaben und Mädchen, denn der Knabe soll Held, das Mädchen Frau und Mutter werden; in allen Fächern soll „schlichte, aber heiße Vaterlandsliebe“ durchleuchten, die männliche Jugend soll streng militärisch in Internaten erzogen werden, die Freiheit der wissenschaftlichen Lehre hat aufzuhören. So heißt es in den nationalsozialistischen Monatsheften 1930, Nummer 8.

Ganz toll wirkt sich die Rassenideologie auf dem Gebiete der Kunst aus. Hitler sagte in dem Gespräch mit Otto Straßer:

„Es gibt überhaupt in der Kunst keine Alten und Jungen, so wenig, wie es eine Revolution der Kunst gibt, sondern es gibt überhaupt nur eine ewige Kunst, nämlich die griechisch-nordische Kunst... es gibt überhaupt keine chinesische oder ägyptische Kunst...“

Selbstverständlich setzte sich Hitler auch für den muffig-spießerischen Schulze-Naumburg ein, den Frick nach Weimar berufen hatte. Das sei eine „Kulturtat ersten Ranges“! Auch sonst entrüstet sich Hitler gern über „Kunstsowjetismus“, wobei er unter echter, deutscher Kunst ausgerechnet das versteht, was zum Beispiel die Hoftheater vor dem Kriege produzierten.

Eine Ahnung von den nationalsozialistischen Kunstauffassungen bekommt man auch, wenn man sich die Stücke ansieht, die von der nationalsozialistischen Volksbühne in Berlin aufgeführt werden. Sogar die „Deutsche Zeitung“ mußte diese Sorte „Kunst“ ablehnen.

Hingegen wird Charly Chaplin kurzerhand als „Filmaugust“ abgelehnt — weil er Jude sein soll! Dabei dürfte sogar beim „Angriff“, dem Berliner Nazi-Skandalblatt, bekannt sein, daß Chaplin auf der ganzen Welt als großer Künstler anerkannt wird. Sachlich haben die Nazis ja auch gar nichts gegen ihn einzuwenden.

Sind schon die theoretischen Anschauungen schlimm, so ist die Praxis der Attacken auf Filme, Musiker, Theater, Kabarets geradezu nichtswürdig. Auch Herr Frick in Thüringen durfte da nicht fehlen, er ließ die Werke moderner Künstler einfach aus den Museen entfernen, verbot das ausgezeichnete Stück § 218 von Credé und ließ auch sonst seinem völkischen Empfinden freien Lauf. Allerdings bekam er vom Oberverwaltungsgericht in Jena für das Verbot des Credéschen Stückes eins auf die Finger. Noch kurz vor seinem Sturz beantragte er, den Film „1914“ zu verbieten, der überall unbeanstandet gelaufen ist.

In derselben Richtung bewegen sich die Nazi-Ueberfälle und Störungen bei Kunstwerken. Gegen „Mahagonny“ von Brecht und Weill, gegen den Remarque-Film und viele andere gute Kunstwerke haben die Nazis ihre Sturmtrupps mobil gemacht.

Das dritte Reich mag sonst sein wie es will, auf dem Gebiete von Kunst, Kultur und Wissenschaft (man denke nur an den Rassenforscher Günther in Jena!) stellt es einen Rückfall ins Mittelalter, eine fürchterliche Barbarei dar, die für das 20. Jahrhundert überhaupt nicht mehr in Betracht kommt.

Die moralischen Qualitäten der „Erneuerer Deutschland“

Der Nationalsozialismus lebt politisch zu einem großen Teile von der Korruption des heutigen kapitalistischen Regimes. Die Barmat, Kutisker, Sklarek, Busch und wie sie alle heißen, sie haben die beste Propaganda für Hitler geleistet. Deshalb kann der Völkische Beobachter auch die Angriffe auf Hitler wegen des Frühstücks mit Stauß folgendermaßen zurückweisen:

„Ist Herr von Stauß etwa ein Gesinnungsverwandter der Juden Sklarek, die die Stadt Berlin um Millionen betrogen und bei denen dienstwillige SPD.-Zierden zum Frühstück wie zum Diner ein- und ausgingen, etwa so, wie bei einem Durchschnittsdeutschen heute der Gerichtsvollzieher?

Auf Eurem Plakat, mit dem für Eure Korruptionspartei werbt, sprecht Ihr von „Arbeiterverrat“. Hat Herr von Stauß etwa die SPD.-Gepflogenheiten nachgeahmt und Pelze beim Abschied verteilt? ...“

Diese Walze läßt die Hakenkreuzpresse nun täglich laufen, wie es scheint, mit gutem Erfolg, aber ohne jedes moralische Recht, denn die Gaunereien, die schon bei den Nazis vorgekommen sind, können es gut mit den Taten Sklareks aufnehmen.

Den Anfang macht Nazi-Exminister Frick. Er verlangte die Herabsetzung der Ministergehälter auf 1000 Mark monatlich, verschaffte sich dann aber selbst 1800 Mark, so daß er mit allen Nebeneinnahmen statt 12 000 Mark im Jahre 30 000 Mark verdiente. Der Abgeordnete von Killinger hat Beziehungen zu den Leuten unterhalten, die die Unterschlagungen beim sächsischen Volksoffer begingen. Der Abgeordnete Hinkler, dem die Universitätsklinik Halle bescheinigte, er sei unfähig zum Lehrerberufe, wurde von Hitler abgesägt — wie man sagt, wegen Unterschlagungen. Der Abgeordnete Bürckel-Pfalz hat Parteigelder für private Zwecke verbraucht. Der Abgeordnete Madel ist wegen Einbruchs bestraft. Der Gauleiter Scherwitz-Königsberg mußte wegen Unterschlagung weggejagt werden, der Kaufmann Gilgasch in Tilsit, Bezirksleiter, ist wegen Leistungswucher bestraft, der Ortsgruppenführer Stecher in Bremen ging mit der Kasse durch, ebenso der Sturmführer Voßhagen in Hessen-Nassau und ein gewisser Renner in Augsburg. Der Agitator Fink in Stettin wurde zu sechs Monaten Gefängnis wegen Unterschlagung verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe trat er sofort wieder als Redner für die Partei auf! Der Leiter der Hitler-Jugend, Gruber in Plauen, wurde beschuldigt, dauernd in Restaurants bei Alkohol und Spiel zu sitzen, dafür aber den Angestellten seines Verlages Monatsgehälter unter 100 Mark zu zahlen. Ferner gab es noch Korruptionsfälle, die nicht so an die große Öffentlichkeit kamen, in fast jeder Stadt. Es würde zu weit führen, alle diese Fälle (in Koburg,

Gotha, Stralsund, Hamburg, Flensburg, Königsberg, in Baden, Hessen-Nassau usw.) einzeln anzuführen.

Aber es muß sich ja nicht immer um Geld handeln. Wir haben auch sonst noch feine Leute in der Hitler-Partei. Der Abgeordnete Fritz Weitzel wurde wegen Beihilfe zu versuchter Abtreibung bestraft. Ebenso wurde der Verleger des Nazi-Blattes in Bielefeld am 14. 2. 1931 mit seiner Frau und noch zwei anderen Personen wegen Abtreibung festgenommen. Dabei wäre weiter nichts, wenn nicht die Partei so fanatisch gegen die Abtreibung und für den § 218 eintreten würde. Der Abgeordnete Heines ist Fememörder, sein Opfer war aller Wahrscheinlichkeit nach unschuldig. Auch die Fememörder Schulz und Klapproth sind in der NSDAP. Der Redakteur des Illustrierten Beobachters, Esser, hat sich von der Zeitung „Berlin am Morgen“ widerspruchslos als Schurke, Ehebrecher und Meineidiger darstellen lassen, wurde auch von Hitler sehr schlecht beurteilt. Die Reihe der Sexualverbrecher in der NSDAP. ist ebenfalls nicht klein. Es gab derartige Fälle in Nürnberg, Erfurt, Dillingen, München, Koblenz usw.

Ein besonderes Kapitel ist es auch mit den nationalsozialistischen Gutsbesitzern. Öffentlich fordern sie alles mögliche für die deutschen Arbeiter, treten gegen die Polen auf, und selbst fordern sie polnische Wanderarbeiter an, wie es der Abgeordnete von Corswandt getan hat. Auch im Bereiche des nationalsozialistischen Rittergutspächters und Abgeordneten Schneider-Schlesien scheint es den Arbeitern nicht gerade gut zu gehen, während Schneider selbst in einem Schloß wohnt.

Ein Ehrenwort gibt es für die Nazis gegenüber ihren Feinden natürlich nicht. Sowohl Hitler wie Gregor Straßer brachen ihr Ehrenwort, Straßer rühmte sich noch damit im Reichstage. Auch das Verleumdern und Beschimpfen gehört bei ihnen zum guten Ton. Es lagen dem Reichstag über die Fraktion der 107 mehr als 100 Anträge der Gerichte auf Strafverfolgung vor, davon allein 24 gegen den pathologischen Münchmeyer, 21 gegen Koch-Königsberg, 14 gegen Goebbels. Dieser Jüngling ist überhaupt ein bemerkenswerter Zeitgenosse. Sein früherer Parteigenosse Mossakowski hat ihn unwidersprochen „abgefeymten Lügner“ genannt, sein Mut zeigt sich nur in großen Versammlungen im Kreise seiner Leute, sonst braucht er immer eine Schutzgarde, und dann ruft er noch die Polizei, wenn ihm jemand ein paar Knallfrösche als „Höllmaschine“ ins Haus schickt.

Ueberhaupt der Mut dieser Leute, die Deutschland zum Heldentum erziehen wollen! Frick und viele andere waren nie an der Front, so daß die „Germania“ Frick auf die Behauptung, es werde leicht sein, die nötigen Waffen für den Befreiungskampf zu bekommen, antworten konnte, es werde aber wohl sehr schwer sein, Herrn Frick dahin zu befördern, wo diese Waffen gebraucht werden. Folgendes Vorkommnis ist auch bezeichnend. Am 6. 10. 1930 flüchteten Stahlhelmer in Frankfurt a. M. in die Synagoge, da sie von Kommunisten angegriffen wurden. Der Synagogendiener versteckte sie

Hitler war 1919 nachweislich bei den Sozialdemokraten. Später behauptete er, daß er schon damals die „Novemberverbrecher“ erkannt habe. Vermutlich brachte es eben Hitler fertig, einer Partei anzugehören, die er

als verbrecherisch betrachtete, oder was wahrscheinlicher ist, er ist nachher erst erleuchtet worden und will seine Schwenkung nun nicht mehr wahr haben, genau so, wie der Stahlhelm seine republikanisch-pazifistische Vergangenheit (natürlich vergebens) ableugnet. Und wie soll man das Benehmen Gottfried Feders klassifizieren, der am Tage vor dem Hitlerputsch noch schnell sein Bankkonto in Sicherheit brachte? — Sehr schäbig haben sich die Nazis auch nach dem Berliner Metallarbeiterstreik gezeigt. Bekanntlich mußten sie ihn mitmachen, nachher erklärte von Killinger aber in Dresden vor Industriellen, das sei nur eine taktische Maßnahme gewesen, die Herren müßten das doch verstehen!

Und wie war es mit dem Ruf „Futterkrippenwirtschaft“? Haben wir nicht in Braunschweig und Thüringen gesehen, wie Beamte dutzendweise herausflogen, um Platz für nationalsozialistische Streber zu machen? In Bremen wollte man sogar einen notorischen Quartalsäufer als Senator wählen lassen — das hatte sogar die Volkspartei abgeschreckt.

Betrachtet man all diese Dinge im Zusammenhang, dann muß man den Eindruck gewinnen, daß die Hitlerpartei ein herrlicher Korruptionssumpf ist, wie man sich kaum einen besseren vorstellen kann. Die Nachrichten, die Hitler über diese Zustände erhielt, scheinen dermaßen zahlreich gewesen zu sein, daß er sich genötigt sah — nicht etwa auszumisten, sondern folgenden Erlaß herauszugeben:

„ . . . Die SA ist keine moralische Anstalt zur Erziehung von höheren Töchtern, sondern ein Verband rauher Kämpfer. Aufgabe der Prüfung kann nur sein, ob der SA-Führer oder -Mann seine Dienstpflicht erfüllt oder nicht, das Privatleben kann nur dann Gegenstand der Betrachtung sein, wenn es persönlichen Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung zuwiderläuft.“

Das läßt ja tief blicken. Und diese Landsknechte wollen Deutschland erneuern!

Der nationalsozialistische Terror

Trotz aller sozialen Phrasen hätten die Nationalsozialisten vielleicht nie eine Partei von sechs Millionen werden können, wenn sie nicht ihren Gegnern mit den Waffen des schlimmsten Mordterrors entgegengetreten wären. Denn, wie es in den nationalsozialistischen Monatsheften 1930, Nr. 1 heißt, äußerte sich

„die Hilflosigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber dem marxistischen Ansturm nicht nur durch ihre Ideenlosigkeit, sondern auch durch ihren Mangel an Mut, den Aufmärschen des Marxismus ihre Aufmärsche entgegenzusetzen, sich selbst, wenn nötig, gegen Terrorversuche zu schützen.“

Das ist zweifellos stark übertrieben, aber der Kern ist richtig: Das Bürgertum war nicht mehr ohne weiteres in der Lage, wie früher den „Herrn im Hause“ zu spielen, die Arbeiterbewegung ließ sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen — da mußte eine Partei willkommen sein, die für die Propaganda soziale Phrasen hatte — und für den Kampf den Terror.

Man hat geschätzt, daß in den letzten Jahren in Deutschland mehrere hundert Menschen der verschiedensten Parteien dem Nazi-Terror zum Opfer gefallen sind, die Zahl der Verletzten geht in die Tausende. Der „Alarm“ berechnet, daß allein von April bis Juli 1930 21 Menschen von Nazihänden fielen und über 200 schwer verwundet wurden.

Meldungen wie die folgende gehen fast täglich durch die Presse:

„Hamburg, 14. Januar.

In der Eiffelstraße kam es in der letzten Nacht zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, in dessen Verlauf ein Reichsbannermann durch einen Schuß in den Rücken lebensgefährlich verletzt wurde.... Auch ein Nationalsozialist wurde durch einen Kopfstreifschuß verwundet...“

Oder etwa so:

„Köln, 22. Januar.

Ein schweres politisches Verbrechen ereignete sich vergangene Nacht in der Palantzer Straße in dem Vorort Sülz. Eine Anzahl Kommunisten, die sich auf der Straße unterhielten, wurden von vorübergehenden Nationalsozialisten ohne Anlaß angerempelt. Die Kommunisten setzten sich zur Wehr. Im Laufe der Schlägerei wurden von Nationalsozialisten zahlreiche Revolverschüsse abgegeben. Ein Schuß tötete den Monteur W. Hoeschel, der der Kommunistischen Partei angehört. Er hinterläßt vier unmündige Kinder...“

Selbstverständlich greift die terrorisierte Arbeiterschaft in diesem Kleinkrieg auch zu Vergeltungsmaßnahmen, was man ihr nicht verdenken kann. Deshalb ist es im einzelnen Falle müßig, nach der Schuld zu fragen. Das Wesentliche ist, daß diese Erscheinungen in Deutschland vor 1929 in diesem Maße nicht vorkamen, daß sie also direkt mit dem Aufkommen der NSDAP. zusammenhängen.

Außerdem haben wir ja die Beweise dafür, daß große Terroraktionen planmäßig organisiert worden sind, zum Beispiel die Geschichte mit den Mäusen und Schlangen gegen den Remarque-Film. Die Nazis halten sogar richtige Nachtübungen ab, wie von mehreren Orten berichtet wurde. In Schlesien hob die Polizei Anfang Dezember 1930 eine ganze Kompagnie von 200 Mann samt ihrem Waffenlager aus. Da es häufig Nazimörder zu verstecken gibt, hat die Partei gleich die Abschiebung dieser Mörder nach dem Ausland planmäßig organisiert.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß diese Herrschaften auch Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen nur mit Knüppel und Revolver zu erledigen wissen, wie man bei der Berliner SA.-Revolte im August 1930 und bei dem Kampfe gegen Otto Straßer gesehen hat. In Albersdorf in Schleswig-Holstein wurden die Straßer-Anhänger von den Hitler-Leuten halbtot geschlagen. Wie muß es da erst im dritten Reich mit der Kritik Andersdenkender aussehen!

Dem nationalsozialistischen Terror gegenüber nach der Polizei rufen, ist vollkommen verfehlt, denn die Polizei ist selbst von Hakenkreuzlern durchsetzt, außerdem wird sie nicht vom Staat so eingesetzt, wie es sein könnte, weil der Staat selbst mit den Hakenkreuzlern liebäugelt (siehe weiter unten Brüning-Faschismus!).

Daß Frick in Thüringen seine SA. in die Polizei übernommen hat, ist bekannt. Er mußte das selbst zugeben und versprechen, es nicht wieder zu tun. Franzen in Braunschweig ließ seine SA. am 22. Februar 1931 direkt als Polizei „arbeiten“.

Aber auch außerhalb der beiden Nazi-Paradiese Thüringen und Braunschweig gibt es viele Nazis in Polizei und Reichswehr. Der Berliner Polizeihauptmann Seupel brachte Hochrufe auf Hitler aus und sang das Hakenkreuzlied. In dem Parteilokal der Nazis in der Beußelstraße in Berlin gingen Polizeibeamte als gute Freunde aus und ein. Auch ein Landjägmajor in Köslin betätigte sich offen für die Partei. In Stuttgart liefen uniformierte Nazis in Mänteln der Schutzpolizei herum. Angeblich sollen die Mäntel von der Polizei gekauft sein — für sieben Mark das Stück! Gelegentlich des Attentats auf den Hamburger Regierungsrat Lassally wurde bekannt, daß der nationalsozialistische Attentäter, ein Polizeibeamter, nicht allein gestanden hat, sondern noch nationalsozialistische Kollegen hatte. Die Mörder des Kommunisten Henning sind auch früher Polizeibeamte gewesen. Selbstverständlich kommen solche Fälle nur selten ans Tageslicht, weil das den Beamten ihre Stellung kosten kann. Wieviel von ihnen, besonders von Offizieren, den Nationalsozialisten nahestehen, das weiß niemand. Sicher sind es sehr viele, denn diese Leute waren doch meist früher Offiziere oder mindestens Feldwebel.

Eine sehr dunkle Sache ist es auch mit der Reichswehr. Etwas Licht hat der Prozeß gegen die Ulmer Reichwehroffiziere gebracht. Die drei Bürschchen waren im ganzen Reiche herumgefahren, um für die NSDAP. Propaganda zu machen. Mancher Offizier wollte sich an solchen Sachen aus Angst nicht beteiligen, aber aus allen Zeugenaussagen ließ sich ohne weiteres entnehmen, daß sie innerlich längst Nazis waren. Die Erlasse des Reichswehrministers reden eine deutliche Sprache.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde von Sozialdemokraten festgestellt, daß ausschließlich rechtsradikale Leute aufgenommen werden. Der Zentrumsabgeordnete Ersing bat darum, daß der Minister immer wieder den Truppenkommandeuren die unparteiische Auswahl des Mannschaftsersatzes ans Herz legen solle. Diese Bitte wird schon nicht von ungefähr gestellt worden sein. An ihrem Erfolge darf man aber zweifeln.

Die Nationalsozialisten wissen selbst ganz gut, wie die Sache in der Reichswehr steht, sonst würden sie kaum so herausfordernd vorgehen und gar auf eine nahe Revolution hoffen. Im „Roten Adler“, dem Hitlerblatte für Brandenburg, heißt es:

„Wer die freudige Angelegenheit hat, viel mit Angehörigen der Reichswehr zusammenzukommen, der weiß ganz genau, wie den Nationalsozialisten die Herzen entgegenschlagen, und dies ist ja auch ganz natürlich . .“

Der Verfasser ist ein Freiherr von Düngern, der diese „freudige Angelegenheit“ öfter zu haben scheint, er muß es also wissen.

Für uns als revolutionäre Arbeiter folgt daraus, daß Polizei und Reichswehr, und wenn sie noch so oft als „republikanisch“ ausgegeben werden, keinen Kampf gegen den Faschismus führen können. Das müssen wir schon selbst tun.

Nationalsozialismus und Justiz

Wenn der Nationalsozialist Ewald Moritz, der sich Gottfried Zarnow nennt, in seinem Hintertreppen-Schmöker „Gefesselte Justiz“ allerlei unabweisbare, resp. längst widerlegte Märchen von jüdischem Einfluß auf die Justiz, von Ungerechtigkeiten gegen die Nazis usw. erzählt, so ist demgegenüber festzuhalten, daß die deutsche Justiz teilweise in der schamlosesten Weise den Nationalismus begünstigt und linke Elemente verfolgt hat. Am tollsten hat es in dieser Hinsicht vielleicht das Naumburger Gericht getrieben.

Die nationalsozialistischen Gebrüder Scharr hatten einen unpolitischen Kaufmann angepöbelt und schließlich fast totgeschlagen. Strafe: 12 Monate Gefängnis, weil die Täter aus Familienrücksichten gehandelt hätten. Bei dem Verfahren gegen den französischen Sportsmann Cuvelier wurde ein Justizbeamter dabei ertappt, wie er zwei Zeugen zum Meineid zu verleiten suchte, um die NSDAP. zu entlasten. Strafe: Verwarnung. In einer Nazi-Versammlung in Zeitz wurden sechs Kommunisten fast totgeschlagen. Anklage erfolgte nicht wegen Landfriedensbruchs, sondern wegen Körperverletzung. Nur zwei Hakenkreuzler wurden zu insgesamt viereinhalb Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl sie vorbestrafte Rowdies waren. Der inzwischen kaltgestellte Naziführer Hinkler wurde bei einem Ueberfall auf Reichsbannerleute genau erkannt. Das Gericht sprach ihn frei, weil in der Nacht ein Irrtum nicht ausgeschlossen sei, ebenso andere Mitglieder der oben erwähnten Familie Scharr, weil es viele blonde Nationalsozialisten gebe. Der Theologiestudent Gießler schlug mit einem Bierglas auf einen Polizeibeamten ein, was sechs Reichsbannerleute und drei Polizeibeamte beschworen, Gießler wurde freigesprochen, weil das Gericht nicht glauben könne, daß ein Theologe mit Biergläsern schlägt.

Ein Arbeitersportler, der im Garten des väterlichen Hauses von einem Nazi überfallen wurde und sich mit einem Küchenmesser zur Wehr setzte, wurde wegen Ueberschreitung der Notwehr zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar ohne Bewährungsfrist, obwohl er unbescholten war.

Ein Werwolfmann hatte am Grabe der Rathenau-Mörder Fischer und Kern gesagt:

„Kameraden, wir weilen an den Gräbern unserer toten Kameraden Fischer und Kern. Wir wissen, es waren echte deutsche Jungen, die alles taten für ihr Vaterland. Sie haben Deutschland von jemandem befreit, und wir wissen, daß wir in Deutschland noch viele solche Schandflecke haben.“

Der Wehrwolfmann wurde freigesprochen, obwohl ein Polizeibeamter sich den Wortlaut unmittelbar nach der Rede notiert hatte.

Aber auch an anderen Orten gibt es milde Richter für Hakenkreuzler. So wurde der Ueberfall auf fünf Reichsbannerautos in Koburg mit sechs Monaten Gefängnis für den Haupttäter und geringeren Strafen für 14 weitere Angeklagte geahndet. Davon erhielten sogar 7 Bewährungsfrist.

Auch in Kassel, Dortmund, Goslar und an vielen anderen Orten kamen solche Fälle vor, so daß der Polizeipräsident von Dortmund eine Beschwerde einreichte und die sozialdemokratische Fraktion im Landtag eine Anfrage über diese Zustände einbrachte.

Ein merkwürdiger Herr muß auch der frühere Reichsgerichtspräsident Simons sein, der über das erwähnte Buch von Moritz-Zarnow folgendes äußerte:

„Die deutsche Justiz ist weder so nachgiebig noch so gefesselt, wie sie der Verfasser darstellt: die Tatsachen, die Zarnow anführt, lassen sich nicht leugnen und fordern zu energischer Heilung des Krebs Schadens heraus, der sich darin offenbart.“

Bisher ist die Art dieses Krebs Schadens noch das Geheimnis des Herrn Simons geblieben. Der Krebs Schaden, den wir an der Justiz sehen, ist es bestimmt nicht.

Vor dem Arbeitsgericht in Wilhelmshaven wurden die Ansprüche eines nationalsozialistischen Heizers anerkannt, der von der staatlichen Marinewerft wegen Zugehörigkeit zur NSDAP. entlassen worden war. Obwohl gleiche Ansprüche von Roten Frontkämpfern früher nicht als berechtigt angesehen worden waren, da der RFB. eben staatsfeindlich sei, so wurde hier die Staatsfeindlichkeit verneint und sogar erklärt, daß die Partei schließlich demselben Ziele diene wie die Marine, nämlich der Wehrhaftmachung des deutschen Volkes.

Diese Beispiele könnten natürlich beliebig vermehrt werden. Besonders die Gegenüberstellung von Urteilen über dasselbe Delikt bei Links- und Rechtsstehenden wäre lehrreich. Wenn die Ulmer Jüngelchen mit einer kleinen Festungsstrafe davonkamen, wenn in Hamburg nationalsozialistische Werber, die sich an Reichswehrsoldaten herangemacht hatten, einen Monat Gefängnis erhielten, wenn die Holsteiner Bombenleger fast alle schon längst entlassen sind, so wurden Propaganda bei der Reichswehr oder Attentate bei Arbeitern stets mit hoher Zuchthausstrafe belegt.

Das ist ja auch kein Wunder. Wie amtlich festgestellt wurde, sind von den heutigen Referendaren 1,8 Prozent Söhne von Arbeitern und Bauern und 1,6 Proz. Söhne von unteren Beamten. Die anderen gehören alle zum Mittelstand oder zu den oberen Schichten. Wie sollen diese Menschen kein Interesse an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft, an der Niederhaltung der Arbeiterbewegung, an der Aufrichtung des Faschismus haben?

Der republikanische Faschismus

Die demokratischen Parteien betonen bei jeder Gelegenheit, daß sie den Nationalsozialismus ablehnen und nach liberalen Gesichtspunkten regieren wollen. Aber der Nachweis ist sofort zu führen, daß die Regierung Brüning, daß die ganze Politik der Mittelparteien darauf hinausläuft, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, daß man die Nazis zwar ganz gern los wäre, aber sich scheut, ihnen irgendwie wehe zu tun, ja daß man ihnen sogar direkt oder indirekt Vorschub leistet.

Ein sehr weit links stehender Zentrumspolitiker schien früher Herr Joseph Wirth zu sein. 1922 rief er: Der Feind steht rechts, und 1927 wäre er wegen seiner Opposition gegen den Bürgerblock bald aus der Zentrumspartei ausgeschlossen worden. Aber als Innenminister Brünings benutzte er die Angst der Sozialdemokratie vor einer Regierung Hitler, um auf dem Gebiet der Kulturpolitik seinem katholisch-muffigen

Herzen freien Lauf zu lassen und alles zu verbieten, was ihm nicht gefiel. Besonders auf Filme hatte er es abgesehen, denn die Filmprüfstellen stehen unter dem Einfluß des Innenministeriums. Zuerst kam der Remarque-Film daran, nachdem die organisierten Hakenkreuztumulte den Boden vorbereitet hatten. Wirth äußerte sich zynisch: Für diesen Film ist unsere Polizei zum Schutz zu schade. Sie war natürlich nicht zu schade, um den Flötenkonzert-Schmus vor den empörten Arbeitern zu schützen. Der kleine sozialdemokratische Trickfilm „Ins Dritte Reich“ mußte zuerst auch daran glauben, obwohl politische Gesichtspunkte nach dem Gesetz nicht geltend gemacht werden können. Schließlich war man gezwungen, den Film freizugeben, denn die Begründung für das Verbot war gar zu lächerlich gewesen. Dafür verbot man den Granowsky-Film „Das Lied vom Leben“ trotz anerkannter künstlerischer Qualitäten. Auch ein Film vom Prozeß der Industriepartei in Moskau wurde nicht zugelassen.

Selbstverständlich benutzte Herr Wirth auch die Gelegenheit, um das Freidenkertum anzugreifen. Neue Paragraphen gegen Gotteslästerungen sind geschaffen worden, wie er im Reichstag am 5. 3. 1931 ankündigte.

Ja noch mehr. Herr Wirth macht direkt Propaganda für Hitler. Im Haushaltsausschuß des Reichstages sagte er:

„Man wird viele Stellen in Hitlers Buch „Mein Kampf“ finden, die von Nietzsche stammen könnten...“

Deswegen war Herr Wirth auch bemüht, den Streit wegen der Polizeikosten mit Frick aus der Welt zu schaffen. Er schloß einen merkwürdigen „Vergleich“, nach dem die thüringische Regierung versprach, keine Polizeibeamte mehr in den SAs anwerben zu lassen, während Wirth sofort die gesperrten Zuschüsse auszahlen ließ. Von den bisher angestellten Beamten war natürlich nicht die Rede.

Aber nicht nur bei Herrn Wirth gibt es Sympathien für Hitler, auch in anderen Ministerien sitzen seine Anhänger. Bei der Haussuchung in der Hedemannstraße in Berlin, wurde bekanntlich ein Brief eines Marineoffiziers aus dem Ministerium gefunden, der Hitler seine Dienste anbot. Im Auswärtigen Amt gibt es direkte Spione der NSDAP., die die Parteiblätter mit Informationen versorgen. Noch offener treten die Nazis im Postwesen auf, wie im Reichstag sogar von einem Zentrumsabgeordneten anerkannt wurde.

Nimmt man außerdem noch hinzu die rücksichtslose Lohnabbaukampagne der Brüning-Regierung, die Versammlungs-, Demonstrations- und Zeitungsverbote der republikanischen Polizeigewaltigen, die Kürzung der Unterstützungen durch die Notverordnungen, die riesigen Ausgaben für Heer und Flotte, die Duldung der nationalsozialistischen Umtriebe an den Hochschulen usw. usw., so kann man den Kurs der Regierung nicht anders als trockene Faschisierung Deutschlands nennen.

Einen großen Schritt auf diesem unheilvollen Wege bedeutet die Notverordnung vom 28. März 1931. Angeblich richtet sie sich gegen politische Ausschreitungen und Rohheiten. Nach ihr müssen sogar geschlossene Versammlungen bei der Polizei angemeldet werden, erst recht natürlich Demonstrationen. Wie zu Wilhelms Zeiten werden die Versammlungen wieder von der Polizei überwacht und können von ihr auch aufgelöst werden. Bei Zuwiderhandlungen gibt es

drei Monate Gefängnis. Ebenso harte Strafen werden gegen Besitzer von Waffen, Zettelkleber, Flugblattverteiler angedroht. Vereinigungen können aufgelöst, Zeitungen verboten, Druckschriften beschlagnahmt werden. So gut wie sämtliche der kümmerlichen „Freiheiten“ der Weimarer Verfassung sind damit aufgehoben, und das nicht durch Reichstagsbeschluß, sondern durch einen Federstrich der Behörden, nachdem man schlauerweise erst die Vertagung des Reichstages abgewartet hatte.

Selbstverständlich richten sich diese Maßnahmen nicht gegen die Nationalsozialisten und Konsorten, sondern in erster Linie gegen das revolutionäre Proletariat. Zum Beweise dafür sei auf die oben erwähnten Methoden der Gerichte verwiesen, die die Verordnung handhaben müssen. Gleich in den ersten Tagen sind einige Arbeiter zu sehr harten Strafen wegen des bloßen Versuchs, zu demonstrieren und Zettel anzukleben, verurteilt worden.

Niederknüppelung, Wehrlosmachung der Arbeiterschaft, der einzigen antifaschistischen Kraft, Kulturreaktion schlimmster Sorte, heimliche Begünstigung und Duldung der Nazis in Beamtenstellen, Zurückweichen vor ihrem Terror, Uebernahme ihrer Forderungen —

das sind die einzelnen Etappen auf dem Wege zum Faschismus, den man uns zu führen gedenkt. Ob nun die Hintermänner der Hakenkreuzler gerade Hitler und Goebbels in den Vordergrund schieben werden, oder ob sie die Regierungsgeschäfte in dem faschisierten Deutschland weiter von sogenannten demokratischen Parteien besorgen lassen, das spielt hierbei nicht die Hauptrolle. Das Wichtigste ist, ob es der Arbeiterschaft gelingt, ihre wenigen Errungenschaften gegen den Ansturm der vereinigten Reaktion zu halten und auszubauen, oder ob sie rechtlos werden soll. Das ist ein Kampf, in dem jede Regierung gegen sie sein wird, sie heiße, wie sie will. In diesem Kampfe ist die Arbeiterklasse stets auf ihre eigene Kraft angewiesen.

Was ist Nationalsozialismus?

Die Nationalsozialisten behaupten, daß ihre Partei eine Bewegung aller Kreise des Volkes sei, um Deutschland zu erneuern. Bis zu einem gewissen Grade mögen sie mit der Behauptung recht haben, daß alle Klassen bei ihnen vertreten sind. Insbesondere gibt es auch Arbeiter bei ihnen. Enttäuschte, Verbitterte, Arbeitslose, die bei der Sturmabteilung eine Existenz zu finden hoffen usw. mögen die Reihen der nationalsozialistischen Arbeiter füllen. Aber man soll sich über die Zahl dieser Leute keinen Täuschungen hingeben! Denn nach allem müssen es ziemlich wenig sein. Bei den Wahlen haben bisher die Arbeiterparteien ihre Stimmen behauptet. Noch deutlicher wird das Verhältnis zwischen Nazis und Arbeiterschaft durch einige Zahlen von Betriebsrätewahlen illustriert. Bei den Hamburger Verkehrsarbeitern bekamen die Hakenkreuzler von 6225 Arbeitern ganze 200 Stimmen, bei der Hochbahn von 1803 Stimmen 187. Bei Brinkmann u. Mergell in Harburg erhielten die Nazis von über 1000 Stimmen ganze 50. Bei der Berliner Verkehrsgesellschaft hatten die Hitlerjünger auf dem Wahlvorschlag die Unterschriften vergessen und propagierten deshalb, für ihren ungültigen Vorschlag zu stimmen. Tatsächlich sind aber nur 424 ungültige Stimmen von

fast 23 000 Wahlberechtigten abgegeben worden. Im Vorjahre waren es 319 gewesen. Dabei muß aber noch berücksichtigt werden, daß die Liste der deutschnationalen Gewerkschaft von 1600 auf 1100 Stimmen zurückging.

Zeigen schon diese Beispiele, daß der Einfluß der Nazis unter den Arbeitern und Angestellten sehr klein ist, so muß man weiter bedenken, daß in den allermeisten Betrieben überhaupt keine Nationalsozialistenliste aufgestellt werden konnte, weil einfach keine geeigneten Kräfte da waren. Ferner hat man bis jetzt noch nichts von eigenen nationalsozialistischen Gewerkschaften gehört, obwohl sich die Hakenkreuzler sonst auf allen Gebieten selbständig zu machen suchen. Das läßt tief blicken. Unter diesen Umständen kann man kaum von einer nationalsozialistischen Arbeiter-Bewegung sprechen. Es gibt in der Hitlerpartei nicht mehr Arbeiter wie in jeder anderen bürgerlichen Partei. Auch dort gibt es gelegentlich Arbeiter und Angestellte, ohne daß der reaktionäre Geist dieser Parteien dadurch vermindert würde.

Der Charakter der nationalsozialistischen Partei drückt sich auch sehr gut in der Zusammensetzung ihrer Reichstagsfraktion aus. Von den 107 sind ganze 3 Arbeiter, dagegen

- 30 Beamte (meist höhere),
- 2 hohe Offiziere,
- 3 Literaten,
- 11 Gauleiter („Bonzen“),
- 12 Agrarier, darunter adlige,
- 9 Kapitalisten,
- 3 Angestellte, usw.

Wir wissen, daß die Nazis besonders auf dem Lande viel Anhang haben. Bei den Wahlen vom 14. September hatten sie mit den Deutschnationalen zusammen nur in zwei Wahlkreisen mehr als 40 Prozent der Stimmen: in P o m m e r n und in O s t p r e u ß e n, also in ausgesprochen agrarischen Gegenden. Aber auch hier sind es die selbständigen, bürgerlich denkenden Bauern, die Hitler nachlaufen, nicht die Landarbeiter. Im „Völkischen Beobachter“ heißt es am 10. 12. 30 über die Agitation in der Magdeburger Börde:

„Ein reicher Bauernstand sitzt hier auf großen Höfen Der Großbauernschaft gegenüber steht ein marxistisch verhetztes Landproletariat, an das unsere Bewegung ebenso schwer herankommt, wie an den sozial verhärteten Besitz. Während in den benachbarten altmärkischen Kreisen mit ihrer viel gesünderen sozialen Struktur, wo der kleine Bauer mit seinem Gesinde noch an einem Tisch mahlzeitet, wo das Dorf noch eine einzige große Familie bildet, der Nationalsozialismus bereits seit Monaten lawinenartig fortschreitet und die Sozialdemokratie am 14. September schon überflügelt hat, konnte die letztere in den Bördekreisen bei den letzten Wahlen noch einmal ihre hypnotische Macht über die Landarbeiterschaft behaupten“

Das ist ein sehr interessantes Dokument. Wir wissen also jetzt, wer nicht in großen Massen in der NSDAP. ist und auch schwerlich dafür zu gewinnen sein wird: die Arbeiter und sogar die Landarbeiter.

Wer ist nun aber drin in der Partei?

„Der letzte in der Parteipresse erschienene Aufruf zum Beitritt zum nationalsozialistischen Automobilkorps hat wahren Sturm ausgelöst. Die Fülle der Interessenten-Anfragen aus den Kreisen unserer Pg. und Parteifreunde ist ein neuer Beweis dafür, daß die Organisation des NSAK. längst ersehnt und zur Notwendigkeit geworden ist.“

Die **A u t o m o b i l f a h r e r** und **-B e s i t z e r** sind also zahlreich bei den Hakenkreuzlern vertreten. Arbeiter werden es nicht gerade sein.

Prinz August Wilhelm, Prinz Christian zu Schaumburg-Lippe, Prinzessin Reuß, Karl Eduard, Herzog von Koburg-Gotha, Prinz Franz von Thurn und Taxis, Freiherr von Düngern, Freiherr von Wangenheim, General von Epp, General von Litzmann, General von Liebert, Oberstleutnant von Ulbricht, v. Killinger, v. Jagow, v. Wedell, v. Boetichen, v. Corswandt, v. Eltz, v. Freiberg, Dr. v. Leers, v. Ribbentrop, Oberstleutnant Kriebel, Major Schneidhuber, Hauptleute Göhring, Pfeffer, Röhm, Stennes usw. usw. Soll das etwa eine Liste sämtlicher deutscher Adligen und Offiziere werden? Ach nein, das sind nur die adligen und militärischen Führer der NSDAP., natürlich bei weitem nicht vollzählig. Ein pommer-scher Krautjunker, Major a. D. v. Bredow, will sogar sämtliche Adelskollegen mobil machen, um die „kaiserlose, die schreckliche Zeit“ zu beenden. Er fragt entrüstet, bei diesem Kampfe wolle

„ein Teil des Adels tatenlos beiseite stehen und die Stahlhelm- und nationalsozialistischen Freiheitsbestrebungen nicht anerkennen? Die Männer, die in dieser Bewegung stehen, sind doch unsere Kampftruppe gegen den inneren Feind....“

Nach allem kann die Zahl der abseitsstehenden Adligen nicht mehr so groß sein, sie sind schon fast alle in der NSDAP. oder einer ähnlichen Organisation. Das Proletariat ist leider nicht so eifrig in der Vertretung seiner Lebensrechte....

Nun kann man ja auch annehmen, die Prinzen und Junker seien bloß Mitläufer in der Partei und dieser gar nicht angenehm. Wer aber weiß, daß alle diese Herrschaften sehr ehrenvoll behandelt werden und oftmals Führerstellen innehaben, besonders in der SA., der glaubt das nicht mehr. Aber geradezu schlagend wird die Stellung der NSDAP. zu den hohen Herrschaften durch den Versuch des „Völkischen Beobachters“ illustriert, den Prinzen August Wilhelm zu einem „Arbeiter“ zu machen:

„Der Professor ist so gut Arbeiter wie ein Schmied, der Kaufmann wie der Eisenbahner. Und so kann sich auch der Fürstenson, der geistige Beschäftigung sucht, sei es in der Politik oder sonstwie, zu den Arbeitern rechnen.“

Die NSDAP als Schutzgarde der Prinzen und Fürsten — das ist die Wirklichkeit. Und die Tätigkeiten des Kuponabschneidens, Zinseneinnehmens, Profitschindens, Kuraufenthaltes usw. sind natürlich auch Arbeiten. Sonst würde die Hitlerpartei nicht soviel Industrielle und Kapitalisten zu ihren Freunden zählen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Partei, die mit so großzügiger Propaganda arbeitet wie die NSDAP., die überall Tageszeitungen

gründet, über besondere Geldquellen verfügen muß. Tatsächlich ist darüber auch schon einiges bekannt geworden.

Der Großindustrielle Kirdorf ist ein Freund Hitlers, hat auch den Parteitag der NSDAP. in Nürnberg besucht, wovon er, wie er schrieb, „begeistert“ war. Im Oktober 1930 entschied er sich für Hugenberg — der Unterschied ist gar nicht groß.

Herr v. Mücke ist deshalb aus der NSDAP. ausgetreten, weil Hitler nach der Pfeife des Herrn Mutschmann in Plauen tanzen muß, der der Geldgeber Hitlers ist. Das hat Herr v. Mücke rundheraus öffentlich erklärt. Die Zuwendungen Mutschmanns, der seine Arbeiter nachweislich unter Tarif bezahlt, sollen sich schon 1929 auf 70 000 RM. belaufen haben! Ebenso hat der Klavierfabrikant Bechstein nach der Aussage seiner Frau Geld gegeben. Ja, Hitler hat sogar förmliche Konferenzen mit den rheinisch-westfälischen Industriellen gehalten, das Frühstück mit dem Bankfürsten v. Stauß steht durchaus nicht allein da. Ein anderer Bankier, Georg Solmssen von der DD.-Bank, hat im Dezember 1930 eine Rede gehalten, in der er sagte, es müsse unser aller Bemühen sein, den nationalen Widerstand zu stärken, nur sei die „Vermengung mit wirtschaftspolitischen Utopien“ aufs tiefste zu bedauern. Das heißt auf gut deutsch: euch Nazis hab ich ja so gern, laßt doch bloß eure sozialen Phrasen weg!

Bekannt sind die Äußerungen von Seeckts und Hjalmar Schachts, zweier Repräsentanten der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, über die Regierungsbeteiligung der Nazis, daß diese nämlich unbedingt notwendig sei. Das allereigentümlichste ist, daß auch Reaktionäre in anderen Ländern ihr Teil zur Förderung des Nationalsozialismus beitragen. So macht Lord Rothermere in England eifrig Propaganda für Hitler. In Frankreich biederte sich Hervé an. Die italienische Presse durfte natürlich auch nicht fehlen. Herr Schacht reiste nach Amerika und nach Schweden, um dort den Boden zu bearbeiten. Herr Deterding gab dem Hitler-Reporter wohlwollend ein Interview, um die Bande zwischen diesen beiden Anti-Bolschewisten übelster Sorte fester zu machen.

Aber nicht nur moralische und finanzielle Unterstützung bekommen die Hakenkreuzler von den Unternehmern. Viel schlimmer: das Mitgliedsbuch der nationalsozialistischen Partei ist heute schon sehr oft als eine Anwartschaft auf eine Stellung zu betrachten! Die Unternehmer, Direktoren, Personalchefs, Meister usw. holen sich ihre Leute einfach vom Büro der Nationalsozialisten. Bei sechs Millionen Arbeitslosen ist das ein ganz gewaltiger Druck auf alle Indifferenten und Schwankenden, ein Druck, der die Zahl der wirklichen Arbeiter und Angestellten in der Partei ganz gewaltig steigert.

Beispiele dafür sind massenhaft bekannt geworden. Hier können nur einige erwähnt werden. In Hamburg wurden SA.-Leute ohne weiteres von Großbetrieben eingestellt, die durch die Partei vermittelt waren. Sie mußten dann wöchentlich von ihrem Lohn drei Mark an die Partei abgeben. Auch die Siemens u. Halske-Bauabteilung in Berlin bezieht ihre Arbeitskräfte von dem nationalsozialistischen Büro in der Hedemannstraße, weil die Bauführer Nationalsozialisten sind. Daß diese Leute schon gute Arbeit geleistet haben, zeigte sich bei den Betriebsrätewahlen: die Zentralgewerkschaften erhielten bei den Ar-

beitern 176, bei den Angestellten 31 Stimmen, dagegen die Nazis bei den Arbeitern 42 und bei den Angestellten 56 Stimmen.

In einem vertraulichen Rundschreiben der Nationalsozialisten in Frankfurt konnte sogar das Prinzip aufgestellt werden:

„Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten!“

Sicher hat man diesen Grundsatz auch dort durchgeführt, wo man konnte, besonders in der Landwirtschaft. Das schönste Stück auf diesem Gebiete stellt allerdings folgender Brief Hitlers an seinen Darmstädter Gauleiter dar:

„An Kampfschatzspenden für den Gau Hessen sind eingegangen 15 000 Mark. Beteiligt sind daran die Firmen wie folgt: Kommerzienrat Dyckerhoff, Dr. A. Dyckerhoff, Dipl.-Ing. A. Gastell sowie die Direktoren Schindler und Jung.

Diese Spenden verpflichten bei weiteren Einstellungen zur besondere Auswahl von gesinnungstreuen SA.-Leuten, um dem Anwachsen der kommunistischen Elemente in den betreffenden Betrieben durch unsere Parteigenossen tatkräftig entgegenzutreten zu können.“

Hier wird der Charakter der NSDAP. von Hitler selbst glänzend entlarvt: sie ist eine bezahlte Schutzgarde des Unternehmertums. Daß die Industriellen da natürlich gern in die Tasche greifen und Zehntausende von Mark spendieren, ist wirklich zu verstehen.

Der obige Brief ist zwar dementiert worden, doch weiß man, was man von solchen Dementis zu halten hat. Und sogar, wenn das Dementi zutreffen sollte, so gibt es genug andere „Kampfschatzspenden“ von Prinzen, Rittergutsbesitzern und Industriellen, mit denen die riesige Propaganda, die schönen Partei-Autos und nicht zuletzt das „Braune Haus“ in München bezahlt wurden.

Wir haben bisher von den Arbeitern, den Bauern, den adligen Reaktionen und den Industriellen in der NSDAP. gesprochen. Da von den Arbeitern nur gewisse enttäuschte und verärgerte oder von jeher zu den Gelben neigenden Gruppen bei den Nazis sind und die anderen Schichten niemals eine städtische Massenpartei bilden könnten, wie es die Nazis sind, so wäre der Erfolg dieser Partei mit dem bisher Gesagten nicht zu erklären. Uebrigens sind die Interessen und die überlieferten Anschauungen dieser Schichten zum Teil so auseinandergehend, daß eine einheitliche Bewegung schwerlich entstehen würde. Es fehlt etwas Verbindendes. Das liefert der Mittelstand, vor allem die selbständigen Handwerker und Kaufleute, aber auch die Angestellten, Beamten, Angehörige der freien Berufe usw. Wir wollen die soziale Bedeutung dieser Klasse nicht unterschätzen. Neben 14,4 Millionen Arbeitern hatten wir in Deutschland nach der Zählung 1925 5,5 Millionen Selbständige, die man zu 90 Prozent dem Kleinbürgertum resp. dem Kleinbauerntum zurechnen kann, und 5,3 Millionen Angestellte und Beamte. Diese bürgerliche Mittelschicht ist deshalb in Bewegung geraten, weil sie zwischen Proletariat und Konzernkapital zermalmt wird.

Wir wollen zunächst von den städtischen Mittelschichten sprechen. Früher gab es alle Uebergänge vom einfachen Handwerker zum Großfabrikanten. Heute gibt es in den meisten Branchen nur noch kleine Re-

paraturwerkstätten und einen Konzern. Früher konnte man jeden Artikel in vielen verschiedenen Ausführungen und Preislagen kaufen, heute gibt es einige „Marken“, deren Preis vorgeschrieben ist. Früher gab es alle Uebergänge vom Kleinkrämer zum Warenhaus im Zentrum der Stadt. Jetzt gibt es Warenhäuser und Einheitspreisläden in allen Teilen der Stadt und die gehören einem Konzern. Heute eröffnen viele Fabriken eigene Läden und unterhalten ein ausgedehntes Absatz- und Kreditsystem. Der Hausbesitz ist erstens in den Händen großer Terraingesellschaften konzentriert worden und zweitens durch die Wohnungszwangswirtschaft in seinen Gewinnmöglichkeiten geschmälert. Die Gemeindebetriebe, die Konsumvereine, die Büchergilden, jede Form der kollektiven Organisation des Wirtschaftslebens nimmt dem Kleinbürgertum Existenzmöglichkeiten. Die Brotfabrik vernichtet allmählich die Bäcker, das Gefrierfleisch und die großen Schlachthäuser machen den Fleischer zum bloßen Fleischhändler, die Milchhöfe und Großmolkereien arbeiten in derselben Richtung, die Gastwirte geraten in Abhängigkeit von den Brauereien. Das Wirtschaftsleben wird mehr und mehr monopolistisch oder kollektiv organisiert, für die Kleinkrämer und Handwerker verschwindet der Lebensraum. Eine solche sinkende Klasse ist geneigt, radikale Lehren anzunehmen, mit den Nationalsozialisten gegen die Banken, die Warenhäuser zu kämpfen, sogar einen verschwommenen „Sozialismus“ anzunehmen.

Ähnlich liegen die Dinge auf dem Lande. Die Agrarkrise ließ auch in der Bauernschaft antisemitische Gedankengänge, den Kampf gegen den republikanischen Staat aufkommen. Man schritt sogar zu Bombenattentaten, zum Sturm auf Finanzämter, zur gewaltsamen Verhinderung von Zwangsversteigerungen. Diese gespannte Atmosphäre des heutigen deutschen Landlebens bildet natürlich ebenfalls einen fruchtbaren Boden für den Nationalsozialismus.

Nun könnten diese langsamen wirtschaftlichen Umschichtungen aber noch immer nicht das plötzliche Anwachsen der Nationalsozialisten zu dieser Größe erklären. Aber in Deutschland kamen dieses und voriges Jahr noch zwei Einflüsse hinzu, die dieses langsame Versinken des Mittelstandes zu einem plötzlichen Ruck machten: die **R e p a r a t i o n s l a s t e n** und die **W i r t s c h a f t s k r i s e**.

Wir wissen, daß die Unterdrückung eines Landes stets nationalistische Bestrebungen wachruft. Regiert in solchen unterdrückten oder abhängigen Ländern die Reaktion als Sachwalter der ausländischen Herren, dann gibt sich der Fortschritt national und beschuldigt die Regierung des Verrats. Regiert die Demokratie, dann besteht der Nationalismus auf Diktatur wie jetzt in Deutschland.

Die Wirtschaftskrise, die seit Herbst 1929 mit besonderer Schärfe auftritt, hat die Lage des Kleinbürgertums und aller übrigen Schichten noch mehr verschlechtert. Das Schwinden der Kaufkraft, die starke Belastung durch Steuern, die ungünstige Wirkung der Zölle, besonders der **Lebensmittelzölle**, all das war ein Ruck nach unten in der Lage breiter Volksschichten. Das Kleinbürgertum antwortete darauf mit dem Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen.

Diese unklare Bewegung wurde nun von den erklärten Reaktionären, den Krautjunkern und Schlotbaronen unterstützt und ausgenützt, wie sie ja jede gegen das Proletariat gerichtete Bewegung benutzen. Diese Elemente hatten andere Ziele, aber gleiche Wege. Sie bemerkten, daß die Steilung des Proletariats sich auf demokratischem Wege nicht mehr beseitigen ließ, daß sich dieses seit 1918 fast dauernd nach links entwickelte und daß manche Errungenschaften schwer wieder wegzunehmen waren. Da kam der industriellen und feudalen Reaktion jener unklare, fanatische Nationalsozialismus sehr zustatten. Weiter zog diese Bewegung auch aus den zahlreichen Korruptionsskandalen der Nachkriegsjahre Vorteil.

Aus allen diesen Einflüssen erwuchs die Hitlerpartei im Jahre 1930 zu dieser Größe. Wir können also den Nationalsozialismus bezeichnen als eine unklare Bewegung hauptsächlich der Mittelschichten in Stadt und Land, die aus der schlechten wirtschaftlichen Lage geboren wurde und von den großkapitalistischen Drahtziehern zum Kampfe gegen das Proletariat, gegen Demokratie und Internationalismus mißbraucht wird.

Unsere Aufgabe ist es, den unklaren Gedankengängen dieser deklassierten Schichten und der enttäuschten Arbeiter mit sozialistischer Kritik, mit jener proletarischen Auffassung entgegenzutreten, die sich in einem hundertjährigen Kampfe herausgebildet und bewährt hat: mit dem internationalen, revolutionären, befreienden Sozialismus.

Die Bekämpfung des Faschismus

Wenn das Proletariat nicht wieder vollständig rechtlos werden will, wie zu den Zeiten des Sozialistengesetzes, wenn es nicht dasselbe Schicksal erdulden will wie unsere Brüder in Italien und anderen Ländern, wenn die Arbeiterbewegung überhaupt noch existieren soll, so muß das Proletariat einen energischen Kampf gegen den Faschismus in seinen verschiedenen Gestalten, besonders aber gegen den Nationalsozialismus führen. So sehr wir auch im einzelnen nationalsozialistischen Arbeiter, Angestellten, Bauern oder Handwerker den Klassengenossen, den Menschen sehen mögen, so sehr wir auch versuchen müssen, diese einzelnen über die Rolle ihrer Partei aufzuklären, so sehr müssen wir gegen die Bewegung als Ganzes, gegen die Führer, gegen die organisierten Aktionen der Nazis einen unerbittlichen Kampf führen. Wir haben es in Thüringen und Braunschweig gesehen, daß die Arbeiterschaft von den fanatischen Reaktionären Frick, Franzen und Konsorten vollständig entrechtet wurde und daß man sogar harmlose Republikaner und Pazifisten verfolgte. Das zeigt uns, was uns bevorsteht, wenn einmal das dritte Reich in seiner ganzen Herrlichkeit hereinbricht. Dann wird es zu spät für Gegenaktionen sein, die Nationalsozialisten werden den Staatsapparat zu einer rücksichtslosen Diktatur gegen alle freiheitlichen und sozialistischen Bestrebungen benutzen.

Wir wissen, daß die geistigen Führer jener unklaren, deklassierten Mittelschichten die Großindustriellen und monarchistischen Reaktionäre

sind, die auch die Propaganda in so reichem Maße unterstützen. Diese Drahtzieher gilt es daher in erster Linie zu bekämpfen, auch wenn sie im täglichen Kampfe nicht so im Vordergrund stehen, wie ihre Hampelmänner Hitler, Goebbels, Ley usw.

Geschlossenheit und energischer Kampf in den Betrieben, auf den Stempelstellen, überall, wo proletarische Massen zusammenkommen, ist deshalb die erste Vorbedingung des Sieges über den Faschismus.

Was aber sehen wir heute? Die Gewerkschaftsböden würgen alle Streiks ab, sie lassen den Lohnraub widerstandslos geschehen, die Sozialdemokratie und die Zentralgewerkschaften stützen noch immer die halbfaschistische Brüningregierung. Auf der anderen Seite hat die KPD. eine Patentlösung für alles bereit, sie heißt: „Nur unter Führung der KPD. kann der Sieg errungen werden“. Die Partei mit ihren Trabantengruppen glaubt das Monopol als proletarische Organisation zu haben und wirft willkürliche Moskauer Parolen bündelweise in die Arbeiterschaft hinein, statt die Parolen aus den Bedürfnissen und Stimmungen der Massen zu schöpfen. Die RGO. treibt die Arbeiter durch Falschmeldungen und Betrug oftmals in hoffnungslose Kämpfe, ohne die Streikenden unterstützen zu können. Die logische Folge ist, daß in so schwerer Krisenzeit wie heute 99% aller derartigen Streiks zusammenbrechen. Daran ändern auch die unwahren Siegesberichte der kommunistischen Presse nichts. Was anders kann die Folge dieser verfehlten Politik von beiden Parteien sein, als Entmutigung, Spaltung und Verbitterung der Arbeiter?

Wir Anarchosyndikalisten wollen keine reformistische Tolerierungspolitik, aber auch keine abenteuerliche RGO.-Taktik. Wir wollen eine Einheit der Arbeiter von unten her, im Kampfe, im Betriebe, auf dem Arbeitsamt. Wir wollen gut vorbereitete, konzentrisch geführte Kämpfe, die auch trotz Krise und Arbeitslosigkeit noch möglich sind; Kämpfe, die die Arbeiter selbst wollen und führen. Dazu sind allerdings starke, revolutionäre, unabhängige Gewerkschaften notwendig, die nur die Interessen der Arbeiter wahrnehmen und nicht nach der Pfeife irgendwelcher Parteiböden im Reichstag oder in Moskau tanzen. Diese Kampfgewerkschaften sind das Ziel des Anarchosyndikalismus.

Die Kampfkraft dieser Gewerkschaften muß auch gegen die Faschisten, die etwa in den Betrieben auftauchen, angewandt werden. Der Nazi-Parole: Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten! muß die Parole entgegengesetzt werden: Mit Nazis wird nicht zusammengearbeitet!

Die Proletarier können auch ihre wirtschaftliche Macht als Konsumenten einsetzen; indem sie diejenigen Gastwirte, Handwerker und Kaufleute boykottieren, die als Hakenkreuzler bekannt sind. Es läßt sich leicht feststellen, wer von diesen Leuten die Hitlerpresse liest, wer gar für Nazis Propaganda macht. Diese Geschäfte müssen dauernd beobachtet werden, alle Arbeiter und Arbeiterfrauen müssen sie meiden.

Der einheitliche Kampf im Betriebe um die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats genügt aber selbstverständlich noch nicht, um den Faschismus zu schlagen. Denn im Betriebe, auf den Arbeitsämtern, in den Versammlungen der Arbeiterschaft hat das Proletariat wenig Berührung

mit den Nazis, besonders mit ihrer Bürgerkriegsgarde, den Sturmabteilungen. Die SA. entfaltet ihre Haupttätigkeit auf der Straße. Der Terror dieser Mordbuben ist die gefährlichste Waffe des Faschismus. Ihn gilt es deshalb in erster Linie zu überwinden.

Wiederum wäre hier massenweises Vorgehen gegen die feigen SA.-Gesellen, die sich meist nur an einzelne Personen oder kleinere Gruppen heranwagen, am Platze. Und wiederum sehen wir hier die Zersplitterung ihre schlimmsten Blüten treiben. Die „Eiserne Front“, im Volksmunde Wellblech- oder verrostete Front genannt, operiert getrennt von den Kräften der KPD und anderen Richtungen und umgekehrt.

Erinnern wir uns an die Hundertschaften des Jahres 1923. Damals stand das Proletariat im allgemeinen unabhängig von der Parteirichtung in den Betrieben zusammen und bildete seine Armee der Kampfformationen, die an vielen Stellen beträchtliche Erfolge erreicht haben, allerdings auch mitunter bloß Militärspielerei betrieben. Nur diese Einigkeit im praktischen Abwehrkampfe gegen den Faschismus kann jene furchtbare Gefahr für das deutsche Proletariat wieder bannen. Nur diese Geschlossenheit, die von unten, aus den Betrieben, Arbeitsämtern, Wohnbezirken kommen muß, kann dem Proletariat jene Kampfkraft wieder geben, die es so dringend braucht. Deshalb fort mit den Sonderinteressen der Parteien beim Abwehrkampfe gegen den Faschismus!

Nicht leere Demonstrationen, wie sie die Blechfront macht, nicht verzweifelte Aktionen, individueller Terror, wie er vielerorts von Kommunisten ausgeführt wurde, bringen das Proletariat im Kampfe gegen den Faschismus voran. Sondern die Bekämpfung der SA. muß planmäßig, systematisch, unter Einsatz von überlegenen Massen, ohne überflüssige Soldatenspielerei erfolgen. Grundsatz muß sein: Keine Provokationen, keine grundlosen Ueberfälle, aber eiserne Verfolgung aller Mordbanditen, die proletarisches Blut vergossen oder sich sonst unliebsam gemacht haben. Keine unnötigen bewaffneten Aktionen, keine unnötigen Reibereien mit der Staatsmacht, sondern legales Handeln im Rahmen des Rechts der Notwehr. Keine unüberlegten Handstreichs, sondern eingehende Beobachtung und Ueberwachung des Gegners. Bei systematischem Einsatz der proletarischen Kräfte wird und muß es möglich sein, den Faschismus wieder von der Straße zu verdrängen und ihn zu schlagen.

Und wenn Hitler wieder wie im November 1923 putschen sollte, was dann? Was ist zu tun, wenn wir uns plötzlich einer mehr oder weniger legalen Regierung Hitler gegenüber sehen? Dann kann es nur eine Parole geben, die auch 1920 gegenüber dem Kapp-Putsch den Sieg brachte: den **Generalstreik**. Eine faschistische Regierung muß sofort im Augenblick ihrer Entstehung gestürzt werden, sonst setzt sie sich fest, erobert den Staat und errichtet ein diktatorisches Regime, wie wir das in Italien und in vielen anderen Ländern sehen. Das würde eine Zeit unermeßlicher Leiden für das revolutionäre Proletariat bedeuten. Aus diesem Grunde gilt es, eine faschistische Regierung sofort bei ihrem Entstehen mit der scharfen Waffe des Generalstreiks zu bekämpfen.

Es gibt viele Arbeiter, die der Meinung sind, der Faschismus sei ja doch unvermeidlich, es sei deshalb zwecklos, dagegen anzukämpfen, er müsse sich erst „abwirtschaften“. Nichts ist falscher und gefährlicher, als diese Auffassung. Gewiß ist der Faschismus eine ungeheure Gefahr und niemand kann sagen, ob nicht in den nächsten Monaten ein Hitler, Frick oder Göhring die Regierung in Deutschland übernehmen wird. Aber der Faschismus ist keine unüberwindliche Kraft. Leo Trotzki hat die Faschisten sehr richtig „Menschenstaub“ genannt. Tatsächlich haben wir ein bunt zusammengewürfeltes Gemisch von Bauern, Kleinbürgern, ehemaligen Offizieren, gewissen kleinen Arbeitergruppen und Großkapitalisten vor uns, ein hoffnungsloses und richtungsloses Gemenge ohne klares Programm oder Ziel, mit einer geist- und sinnlosen, elenden Phraseologie, ein Durcheinander, das nur durch die beispiellose Not und die außenpolitischen Schwierigkeiten zusammengehalten wird. Beim ersten energischen Stoß des Proletariats wird der ganze Spuk auseinanderfliegen.

Der gemeine Terror des Faschismus ist nicht ein Zeichen seiner inneren Stärke, sondern seiner inneren Schwäche; denn wäre der Nationalsozialismus wirtschaftlich, sozial, kulturell stark und schöpferisch, dann würde er sich ohne Gewalt durchsetzen. Aber gerade weil er sich aus zerfallenden und ohnmächtigen Schichten zusammensetzt, deshalb bedarf er des Terrors, um sich überhaupt Geltung zu verschaffen. Uebersteigter Terror ist noch immer ein Zeichen von innerer Schwäche gewesen.

Und weshalb sollte der Faschismus nicht zu besiegen sein, schon ehe er sich „abgewirtschaftet“ hat? Etwa weil er in verschiedenen Ländern Süd- und Osteuropas herrscht? Aber es handelt sich dort vorwiegend um Agrarländer mit schwachem Proletariat. Der Faschismus konnte dort oftmals nach einer unglücklichen Revolution emporkommen (Ungarn, Italien).

In Deutschland haben wir ein starkes, in Kämpfen geschultes Proletariat, das in den letzten Jahren keine Revolution verloren hat, wo die Organisationen des Proletariats noch stark und ungebrochen sind. Schon zweimal wurde in Deutschland nach 1918 der Faschismus unter mehr oder weniger starker Mithilfe des Proletariats niedergeschlagen: der Kapp-Putsch 1920 und der Hitler-Putsch 1923.

Deshalb sollte es keinerlei Gerede in proletarischen Kreisen über die „Unvermeidlichkeit“ und das „Abwirtschaften“ des Faschismus geben. Lenken wir unsere Blicke nach Spanien, wo das heldenhaft kämpfende Proletariat unter Führung des Anarchosyndikalismus nicht nur im Januar 1930 den Faschismus Primo de Riveras stürzte, sondern auch darüber hinaus im April 1931 den König und die Jesuiten davoniagte. Schauen wir nach Oesterreich, wo das Proletariat trotz sozialdemokratischer Manöver den Heimwehrfaschismus 1930-31 schlug und zur Lächerlichkeit verurteilte. Warum sollte das deutsche Proletariat zu solchen Taten unfähig sein? Hat sich doch Hitler schon selbst durch seine erschobene

Ernennung zum „Gendarmen von Hildburghausen“ unsterblich lächerlich gemacht.

Nun ist er gar zum Braunschweiger Regierungsrat avanciert, d. h. zum ausgesprochenen Parteibuchbeamten, und kandidiert für die Reichspräsidenschaft. Es wäre aber eine gefährliche Täuschung, dem Abstimmungsergebnis eine große Bedeutung beizulegen. Nicht die Zahl der Stimmen für den Reaktionär Hindenburg oder den Faschisten Hitler ist entscheidend, auch nicht die Zahl der Stimmen für den Zählkandidaten Thälmann, sondern die wirkliche Kampfkraft des Proletariats in seinen täglichen Kämpfen.

Deshalb voran zum entschiedenen und geschlossenen Kampf gegen die faschistische Mordpest! Fort mit den Parteien und Politikanten, die diese proletarische Kampfeinheit von unten sabotieren! Diese Einheit aus den Massen selbst, in der Aktion, das ist der Anarchosyndikalismus!

I N H A L T :

Aus der Geschichte des deutschen Faschismus	3
Die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Nazis	6
Die Stellung der Nazis zur Frauenfrage und zu den Kulturproblemen	10
Die moralischen Qualitäten der „Erneuerer Deutschlands“	12
Der nationalsozialistische Terror	14
Nationalsozialismus und Justiz	17
Der republikanische Faschismus	18
Was ist Nationalsozialismus?	20
Die Bekämpfung des Nationalsozialismus	26
